

JAHRESBERICHT 2021/2022



**LOBBY
CONTROL**

Initiative für Transparenz und Demokratie

Inhalt

Neue Bundesregierung – neue Chance	3
Das große Geld im Wahlkampf	4
Unsere Erfolge	4
Digitalisierung – aber demokratisch! Unsere Kampagne für ein ambitioniertes Digitalmarktgesetz	6
Fachtagung Rebalancing Power	7
Recherche: Millionen fürs Image Wegen drohender Regulierung gibt Meta Millionen für Imagewerbung aus	7
Parteinahе Lobbyverbände: Schluss mit privilegierten Zugängen!	8
Klimabremser aufdecken	9
LobbyControl in Medien und Öffentlichkeit: Sprechen wir über Macht und Lobbyismus!	10
Finanzbericht 2021	12
Team & Vorstand Neue Gesichter bei LobbyControl	14
Das Jahr 2021 in Zahlen	14
Ausblick	15
Impressum	16

Liebe Freundinnen und Freunde
von LobbyControl!



Die Sturmwarnung am Morgen im Oktober konnte uns nicht aufhalten. Vier Menschen stemmten sich mit aller Kraft gegen den Wind und zogen das Banner gerade, während schon die nächste Böe an den überdimensionalen Fußabdrücken zerrte, die wir kaum festhalten konnten.

Es sind bewegende Bilder, die mir beim Blick zurück auf die letzten 12 Monate mit LobbyControl in den Sinn kommen. Mit der Aktion zum Auftakt der Koalitionsgespräche unterstrichen wir die Forderung nach Transparenz im Gesetzgebungsprozess. Eine riesige Fußspur führte dafür über die Reichstagswiese.

Stürmisch ist sie geblieben, die Zeit. Die neue Koalition hält und bricht Versprechen. Die Pandemie rüttelt immer wieder an unseren Nerven, die Klimakrise brachte mit der Überschwemmungskatastrophe im Ahrtal einen fatalen Vorgeschmack auf künftige Extremwetterereignisse. Und der russische Angriffskrieg auf die Ukraine bringt erschütternde Bilder und internationale Aufrüstung mit sich.

LobbyControl bleibt in dieser Zeit auf Kurs. Wie steht die neue Koalition in Berlin zu Transparenz und Teilhabe? Wie stellen sich jetzt die Lobbyist:innen der Klimabremser auf? Wer will von Krieg und Krise profitieren, und wer versucht, Klientelinteressen vor das Gemeinwohl zu stellen?

Auch Dank Ihnen und Euch konnten wir im Jahr 2021/22 beeindruckende Erfolge erzielen: Wir bekamen viel Aufmerksamkeit für unsere Studie zur Lobbymacht der großen Digitalkonzerne in der EU und legten mit dem Lobbyreport eine kritische Bilanz der zurückliegenden Regierungsjahre vor. Aus dem Lobbyregister wurde endlich ein Gesetz, das seit Januar in Kraft ist. Und die Klügelrunde in Form des Autogipfels, den wir schon seit 2020 in Frage stellen, wurde Ende 2021 abgeschafft.

Für uns hat das Jahr gezeigt, dass es gerade in diesen stürmischen Zeiten LobbyControl so dringend braucht. Danke, dass Sie an unserer Seite sind und diese Arbeit möglich machen.

Herzliche Grüße,

Jutta Sundermann
für den Vorstand

P.S.: LobbyControl hat im letzten Herbst den Vorstand von drei auf fünf Menschen erweitert, was mich an die Tastatur und Sie zu diesem Editorial geführt hat. Auf gute weitere Zusammenarbeit!



Bei Wind und Wetter auf der Reichstagswiese: Zu den Koalitionsverhandlungen im Oktober 2021 machten wir unsere Forderung nach einer Lobby-Fußspur sichtbar.

| Neue Bundesregierung – neue Chance

Rund um die Bundestagswahl wurden wir mit unserer Kampagne für transparente Politik laut

Das gab es noch nie: Über 50 Organisationen der Zivilgesellschaft versammelten sich im Bundestagswahlkampf hinter unseren Forderungen. Unser gemeinsamer öffentlicher Aufruf „Gemeinwohl stärken – Lobbytransparenz schaffen“ rief die Spitzenkandidat:innen der Parteien auf, sich zu konkreten Maßnahmen für mehr Lobbytransparenz, Ausgewogenheit und die Stärkung der Demokratie zu verpflichten. Unterzeichnet wurde der Aufruf von 52 namhaften Organisationen aus allen Bereichen – von Umwelt- und Verbraucherschutz über soziale Belange, Entwicklungszusammenarbeit und Seenotrettung bis hin zu Kinder- und Jugendhilfe, digitalen Rechten und Tierschutz. Die Breite dieser Allianz unterstrich auf eindrucksvolle Weise die gesamtgesellschaftliche Bedeutung unseres Anliegen.

Doch auch nach der Wahl ging es weiter: Um den Druck auf die Koalitionsverhandlungen zu verstärken, starteten wir einen Bürgerappell, den in kurzer Zeit über 21.000 Menschen unterzeichneten. Auch hier war unser gemeinsames Ziel klar: Wir forderten eine Lobby-Fußspur für Gesetze, die endlich Einflussnahmen auf

die Gesetzgebung sichtbar macht. Zudem braucht es für transparente Politik die Offenlegung von Lobbykontakten der Bundesregierung und endlich Transparenz und klare Schranken bei der Parteienfinanzierung.

Gleich zu Beginn der Koalitionsverhandlungen brachten wir unsere zentrale Forderung nach einer Lobby-Fußspur auch auf die Straße: Mitten im Regierungsviertel legten wir mit tatkräftiger Unterstützung von Mitgliedern der LobbyControl-Gemeinschaft große Fußabdrücke mit Konzernlogos aus. So machten wir anschaulich, welche Spuren Lobbyist:innen in politischen Entscheidungen hinterlassen.

Unser Einsatz hat sich gelohnt: Die Ampelparteien haben in ihrem Koalitionsvertrag festgelegt, entsprechend unserer Forderung eine Lobby-Fußspur für Gesetze einzuführen und für mehr Transparenz bei der Parteienfinanzierung zu sorgen. Nun geht es darum, die versprochenen Reformen wirksam zu gestalten und zügig umzusetzen.

Das große Geld im Wahlkampf

Das „Superwahljahr“ war voll von Ereignissen und hielt uns wochenlang auf Trab. Denn nicht nur die Parteien und ihre Kandidat:innen stritten dabei bis zum Schluss – auch finanzstarke Lobbygruppen und reiche Einzelpersonen mischten sich in den Wahlkampf ein. Wir beobachteten einen Bundestagswahlkampf der Rekorde – zumindest was Großspenden an einige Parteien angeht.

Bereits vor dem Wahltag im September flossen Großspenden in Rekordhöhe: Mit 11,6 Mio. Euro an Spenden über 50.000 Euro klingelte fast zweieinhalb Mal so viel Geld in den Kassen der Parteien wie im letzten Bundestagswahljahr 2017.

Auffällig war, dass die Spenden nur zu einem geringen Teil von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden kamen, sondern vor allem von reichen Einzelpersonen, die ihr Geld als Erb:innen oder Unternehmer:innen erworben hatten.



Das verdeutlichte einen Trend: Viele Unternehmen und Verbände wählen nicht mehr die klassische Parteispende, um Parteien finanziell zu unterstützen. Sie haben vielmehr auf das weniger transparente Sponsoring umgestellt. Stattdessen spenden nun offenbar vermehrt statt der Unternehmen die Unternehmer:innen persönlich.

Die hohen Spendensummen im Wahlkampf zeigten auch, wie umstritten die Wahl war – sie galt geradezu als eine Richtungs- wahl. Mehrere Koalitionsoptionen waren denkbar, sogar ein Linksbündnis aus SPD, Grünen und Linken. Das rief Kräfte auf den Plan, die eine solche linke Regierung verhindern wollten.

Unsere Erfolge

Im Wahljahr fuhren nicht nur Lobby- ist:innen zu Hochtouren auf: Auch LobbyControl war rund um die Wahl an vielen Stellen aktiv, um die Weichen- stellung für die nächsten Jahre auf Transparenz auszurichten. Unsere Studien und Analysen lieferten dabei wichtige Hintergründe, mit unseren Unterstützer:innen wurde unser Protest laut. Die Chronik zeigt wichtige Meilen- steine und Erfolge für mehr Transparenz aus den letzten zwölf Monaten.



JULI 2021

Rote Karte für Klimabremser

Um ein klares Zeichen gegen Klimabremser aus Politik und Wirtschaft zu setzen, haben wir mit Parents for Future und weiteren Organisationen Pro- test organisiert. Mehr als 400 Teilnehmer:innen in Bonn und Berlin haben gemeinsam mit uns der Klimabremser-Lobby die Rote Karte gezeigt.

AUGUST 2021

Studie macht international Schlagzeilen

Unsere Studie zu Lobby- macht von Digital- konzernen traf einen Nerv, Medien berichte- ten aus ganz Europa: Die Analyse zeigte erst- mals, mit welcher geballten Lobby- macht die großen Internetfirmen in der EU vorgehen, um ihre eigenen Spielregeln durchzusetzen.



SEPTEMBER 2021

Lobbyreport zieht Bilanz zur Bundestagswahl 2021

Alle 4 Jahre ziehen wir eine ausführliche Bilanz mit unserem Lobbyreport: Was hat sich getan beim Thema Lobbyismus, was muss dringend noch passieren? Über unsere Forderungen an die neue Regierung wurde in TV, Radio, Zeitungen und den sozialen Medien berichtet.

Wer hat, der kann: einzelne Großspenden

Die FDP profitierte besonders stark: Mit 4,3 Mio. Euro erhielt sie mehr Großspenden als die anderen Parteien. Enorme Summen für eine Partei, die vor dem Wahlkampf noch Umfragewerte unter 10 Prozent hatte. Offenbar gab es viele vermögende Unternehmer:innen, die mit ihren Spenden die FDP in eine Regierungsbeteiligung hieven wollten. Auf Platz 2 folgte Bündnis 90/Die Grünen, die mehr Spenden erhielten als jemals zuvor. Darunter waren die höchsten Einzelspenden überhaupt: 1,25 Mio. Euro erhielten die Grünen von dem niederländischen Tech-Unternehmer Steven Schuurmann und 1 Mio. Euro von einem Software-Entwickler aus Greifswald. Beide wollten mit ihrer Spende eine konsequente Klimaschutzpolitik erreichen. Die 250.000 Euro von Carsten Maschmeyer an die FDP muten dagegen geradezu knauserig an.

Rolle des Geldes in der Politik beschränken

Mit so großen Spendensummen können einzelne Personen erheblichen politischen Einfluss nehmen. Ob mit der Spende ein Linksbündnis oder die Klimakatastrophe verhindert werden soll – demokratisch ist es nicht, wenn reiche Menschen ihrer Stimme mit solchen Spenden erheblich mehr Gewicht verschaffen können. Deshalb fordern wir einen Deckel für Parteispenden. Und obwohl SPD und Grüne im Wahlkampf einen solchen Deckel für Spenden befürworteten, fehlt er im Ampelkoalitionsvertrag.

DAS LOBBYREGISTER FÜR DEUTSCHLAND IST ENDLICH IN KRAFT

Es war schon ein ganz besonderer Tag, als am 1. Januar 2022 tatsächlich das Lobbyregister-Portal online freigeschaltet wurde. Lange hatten wir für eine gesetzliche Registrierungspflicht für Lobbyist:innen gekämpft, die nun – auch dank des großen öffentlichen Drucks – endlich umgesetzt wurde.

In dem öffentlichen Register müssen Lobbyist:innen nun erstmals verpflichtend angeben, in wessen Auftrag sie tätig sind und weitere Angaben zur Finanzierung und Lobbyaufgaben machen. Bei Verstößen gegen die Registrierungspflicht oder Falschangaben drohen Bußgelder. Das ist ein Meilenstein auf einem langen Weg. Denn damit das Register noch aussagekräftiger wird, muss einiges getan werden, die Ausnahmen für Kirchen, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände sollten gestrichen werden. Deshalb setzen wir uns bei der Ampelkoalition weiter dafür ein, das Gesetz so anzupassen, dass es wirklich umfassende Transparenz darüber herstellt, wer in wessen Auftrag mit welchen Mitteln Politik zu beeinflussen versucht.

Wenn Sie sich selbst ein Bild machen möchten: Informationen über Lobbyakteure und Budgets können Sie nun selbst im Lobbyregister recherchieren:

www.lobbyregister.bundestag.de

OKTOBER 2021

Lobby-Fußspur für Gesetze kommt

Zum Start der Koalitionsverhandlungen forderten wir eine wichtige Ergänzung für transparente Politik: die „Lobby-Fußspur“ für Gesetze. Mit Erfolg, denn das Vorhaben wurde im Koalitionsvertrag festgehalten. Es lohnt sich, gemeinsam für eine starke Demokratie zu kämpfen!



DEZEMBER 2021

Aus für den Autogipfel

Ein weiterer Erfolg kam mit dem Koalitionsvertrag: Der Kuschelkurs der Bundesregierung mit der Autolobby hat ein Ende. Die Autogipfel, die wir immer wieder stark kritisiert haben, soll es mit der neuen Regierungskoalition nicht mehr geben. Stattdessen sind ausgewogene Beteiligungsformate vorgesehen, die die Wissenschaft und Umweltverbände einbeziehen. Es wurde auch Zeit!



JANUAR 2022

Lobbyregister live

Lange haben wir dafür gekämpft, endlich gab es letztes Jahr ein Gesetz. Im Januar 2022 ist das neue Lobbyregister dann in Kraft getreten: Lobbyakteure müssen sich registrieren und alle Informationen sind in einem Onlineportal der Öffentlichkeit zugänglich. Ein wichtiger Schritt, um die richtigen Fragen stellen zu können.

MAI 2022

Transatlantische Vernetzung zu Konzernmacht

Nicht alle Erfolge sind sofort für die Öffentlichkeit sichtbar. Im Rahmen unserer Fachtagung haben im Mai inspirierende Expert:innen aus ganz Europa und den USA mit uns über die Macht von Monopolen diskutiert. Ein wichtiger Schritt für eine europäische Anti-Monopolbewegung, die unsere Demokratie stärken wird.



Digitalisierung – aber demokratisch!

Unsere Kampagne für ein ambitioniertes Digitalmarktgesetz

Im Dezember 2020 stellte die EU-Kommission ihre Pläne für einen Digital Markets Act, kurz DMA, vor. Endlich hatte sich die EU damit entschlossen, die Monopolmacht der Internetplattformen mit neuen Regeln zu beschränken. Wir sehen in der Macht von Google & Co eine Gefahr für die Demokratie. Deshalb packten wir die Gelegenheit beim Schopfe, die Plattformen in die Schranken zu weisen – und blieben beim Prozess um das neue Gesetzespaket über Monate dran.

- ➔ **NOVEMBER 2020:** Wir analysierten die **Lobbystrategie** von Google, mit der strengere Regeln verhindert werden sollten. In einem offenen Brief an die EU-Kommissar:innen Vestager und Breton forderten wir: „Aggressive Lobbyarbeit von digitalen Plattformen muss Konsequenzen haben.“
- ➔ **DEZEMBER 2020:** Die EU-Kommission veröffentlicht den **Gesetzentwurf**.
- ➔ **FEBRUAR 2021:** Wir führten **Gespräche mit Abgeordneten des EU-Parlaments** über den Inhalt des DMA und den Lobbyeinfluss von Big Tech.
- ➔ **MAI 2021:** An die sieben federführenden deutschen Abgeordneten schrieben wir einen **offenen Brief**: „NGOs fordern Nachbesserungen beim Digital Markets Act“.
- ➔ **JUNI 2021:** Welche Maßnahmen stehen zur Verfügung? Wir veröffentlichten mit mehreren anderen Organisationen ein gemeinsames Papier, in dem wir die Entflechtung von Unternehmen in die Diskussion einbrachten: „**Die Macht von übermächtigen Konzernen bescheiden**“.
- ➔ **OKTOBER 2021:** **Recherchen** zum neuen transatlantischen Handelsgremium TTC und einer Imagekampagne von Meta: „Warnung vor Lobbyeinfluss der Internetplattformen“.
- ➔ **NOVEMBER 2021:** Es ging in die heiße Phase. Wir starteten nicht nur unseren **Appell „Facebook & Co in die Schranken weisen!“**. Wir richteten uns auch direkt an die Mitglieder des für den DMA zuständigen Ausschusses und recherchierten, über welche Mitgliedsstaaten Lobbyeinfluss zu bemerken war.
- ➔ **DEZEMBER 2021:** Wir werteten die aktuellsten **Lobbytreffen** der DMA-Berichtersteller:innen aus und bewerteten die Abstimmung zum DMA-Gesetzespaket im EU-Parlament.
- ➔ **FEBRUAR 2022:** Wir ließen ein **Rechtsgutachten** erstellen, das deutlich machte, wo die Lücken im Gesetz liegen. Außerdem konnten wir 22.000 Unterschriften unter unserem Appell an Abgeordnete des EU-Parlaments überreichen.
- ➔ **MÄRZ 2022:** Das EU-Parlament weigerte sich, uns die **Verhandlungsdokumente** zum DMA zugänglich zu machen. Dazu legten wir offizielle Beschwerde ein. Glücklicherweise kämpften wir nicht allein für transparente Politik: Die Dokumente wurden uns zugespielt – und dann von uns veröffentlicht.
- ➔ **APRIL 2022:** Frust und Freude: Nach der Einigung von Parlament, Kommission und Rat auf einen **Gesetzestext** werteten wir das Ergebnis aus. Trotz einiger Verbesserungen ist das noch kein wirksames Digitalmarktgesetz.
- ➔ **JUNI 2022:** Mit einem **Kurzgutachten** kritisierten wir die geplante Durchsetzung des Gesetzes, denn gute Regeln, die nicht durchgesetzt werden, bringen wenig. Ohne Nachbesserungen wird der DMA zum Papiertiger.

- ➔ **AUGUST 2021:** Unsere umfangreiche **Studie** trug erstmals wichtige Daten über Lobbyarbeit der Digitalkonzerne zusammen: „**Die Lobbymacht von Big Tech: Wie Google & Co die EU beeinflussen**“.

Die Studie traf auf große Resonanz, auch international. Das deutete auch auf das breite Unwohlsein mit der Machtfülle der Internetplattformen hin und zeigte einmal mehr, wie wichtig es ist, dass die EU jetzt endlich neue Regeln auf den Weg bringt, um die Macht von Google, Amazon & Co zu begrenzen.



Die finale Abstimmung über den DMA im EU-Parlament ist im Juli geplant.

Fachtagung Rebalancing Power

Grundstein für eine europäische Anti-Monopolbewegung

Die überbordende Macht von Internetplattformen sorgt derzeit für viel Beunruhigung. Dabei stellen Google, Amazon & Co nur die Spitze des Eisbergs dar. Auch in anderen Branchen wie dem Finanz- oder Agrarsektor oder im Pharmabereich bedroht die Marktmacht großer Unternehmen gepaart mit deren Lobbyeinfluss demokratische Entscheidungsprozesse. Um dieser Marktmacht entgegenzuwirken, braucht es deshalb dringend zusätzliche Instrumente gegen die Marktkonzentration übergroßer Unternehmen.



Panel zu politischer Macht von großen Unternehmen: Zephyr Teachout (New York), Filippo Lancieri (Zürich), David Heller (UK) und Max Bank von LobbyControl (v.l.n.r.) gaben Impulse während der Konferenz.



Internationale Zusammenkunft aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Praxis

Um dafür den Anstoß zu geben, haben wir Mitte Mai 2022 gemeinsam mit dem Forum Umwelt und Entwicklung zentrale Aktive aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Praxis zu einem strategischen Austausch zusammengebracht. „Rebalancing Power: From Corporate Monopolies to Democratic Economies“ hieß die interne Fachtagung, gefördert durch die Schöpflin Stiftung. Die rund 80 Referent:innen und Teilnehmer:innen waren aus den USA, aus ganz Europa und sogar von den Philippinen und aus Mexiko nach Berlin angereist. Am ersten Tag tauschten wir uns rege über die Ursachen von Konzernmacht und -einfluss aus, um dann am zweiten Tag gemeinsam über die Möglichkeiten zu diskutieren, diese Macht zu begrenzen.

Anstoß für eine europäische Anti-Monopolbewegung

Der transatlantische Austausch in Berlin hat Früchte getragen: Mit unserer Tagung wurde der Grundstein für eine Anti-Monopolbewegung in Europa gelegt. Zahlreiche Teilnehmer:innen bekundeten Interesse daran, die Impulse der Tagung in ihrer Arbeit aufzugreifen. Zum Abschluss kam es zur Gründung eines europäischen Anti-Monopolnetzwerks. Klar ist dabei, dass eine Bewegung nur dann erfolgreich sein wird, wenn sie international zusammenarbeitet. Klar ist auch, dass mit der Initialzündung der Tagung die Arbeit zum Aufbau einer neuen, konzernmachtkritischen Bewegung erst beginnt.

Recherche: Millionen fürs Image

Wegen drohender Regulierung gibt Meta Millionen für Imagewerbung aus

Weltweit wird an strengeren Regeln für Internetplattformen gearbeitet. Dagegen wehren sich die Unternehmen mit allen Mitteln. Mit einer Recherche haben wir im letzten Jahr gezeigt, dass Meta, ehemals Facebook, dabei auch auf teure Imagewerbung setzt.

Wir haben recherchiert, dass Facebook/Meta seit Dezember 2020 – also seit Beginn der Debatten um neue Regeln für digitale Plattformen in Brüssel – bis September 2021 enorme Werbebudgets in die Hand genommen hat. Allein in Deutschland hat der Konzern nach unseren Berechnungen Werbung im Wert von etwa 6,8 Millionen Euro in Zeitungen geschaltet.

Das ist mehr, als der Konzern laut EU-Lobbyregister insgesamt für Lobbyarbeit ausgibt.

Mit dieser Kampagne hat Meta Stimmung gegen eine Einschränkung von personalisierter Werbung gemacht, um damit auch Politik und Gesellschaft zu beeinflussen. Am Ende hatten Meta und die anderen Internetplattformen teilweise Erfolg: Personalisierte Werbung wurde nicht verboten, sondern nur eingeschränkt. So dürfen sensible Daten wie politische Ansichten, religiöse Überzeugungen oder sexuelle Orientierung nicht verwendet werden. Welche Auswirkungen diese Beschränkungen tatsächlich haben werden, hängt von deren Durchsetzung ab.

Parteinaher Lobbyverbände: Schluss mit privilegierten Zugängen!

Auch in diesem Jahr haben uns die engen Verflechtungen zwischen Lobbyverbänden und Parteien beschäftigt: Wir haben gezeigt, wie wirtschaftsnahe Vorfeldorganisationen privilegierte Zugänge zu den Parteien genießen. Besonders problematisch ist dies im Fall von CDU und FDP, die Lobbyverbänden sogar einen Dauersitz in ihren Parteivorständen verschaffen. Während die FDP bereits reagiert hat, will die CDU den Fall offenbar aussitzen. Dagegen unterstützen wir nun eine Klage.

Zur Erinnerung: Im März 2021 veröffentlichten wir eine umfangreiche Recherche zum „Wirtschaftsrat der CDU“ und dessen Rolle als Klimabremser-Lobbyverband im Umfeld der CDU. Wir kritisierten die Doppelrolle des Verbands als „Quasi-Parteigremium“ mit einem eigenen Gaststich im Parteivorstand und dessen Funktion als Lobbykanal insbesondere für fossile Konzerne.

Nun bleibt die CDU auch nach dem Wechsel der Bundesregierung eine wichtige Partei – noch immer macht vor allem ihr Wirtschaftsflügel Stimmung gegen Klimaschutz und Klimabewegung, noch immer ist dieser eng mit dem Lobbyverband Wirtschaftsrat verbunden.

Ein von uns beauftragtes Rechtsgutachten bestätigte unseren Verdacht: Der ständige Gaststich eines Lobbyverbands in einem Parteivorstand ist tatsächlich rechtswidrig – er widerspricht sowohl der CDU-Satzung als auch dem Parteiengesetz. Aus guten Gründen: Lobbyverbände haben in Parteivorständen nichts zu suchen, da sie einer gesellschaftlichen Gruppe privilegierte Zugänge gewähren. Dies widerspricht den demokratischen Grundsätzen, die das Grundgesetz und das Parteiengesetz für Parteien vorschreibt.

Klares Rechtsgutachten, doch Schweigen bei der CDU

Über das Rechtsgutachten wurde in der Presse berichtet und auch renommierte Parteienrechtler:innen wie Prof. Martin Morlok und Prof. Sophie Schönberger bestätigten unsere Rechtsauffassung. Doch die CDU hüllte sich in Schweigen – und wollte den Fall offenbar aussitzen. Einen Bruch mit ihrer jahrzehntelangen Tradi-

tion, den Wirtschaftsrat in den Vorstand zu berufen, hielt sie nicht für nötig: Trotz unserer gut belegten Argumente, dass es sich um einen Verstoß gegen das Parteiengesetz handelt, berief die CDU den Wirtschaftsrat im Januar erneut in den Vorstand.

Nun wagen wir den nächsten Schritt: Das CDU-Mitglied Luke Neite aus Leipzig verklagt nun den CDU-Bundesvorstand – und wir unterstützen die Klage seitdem finanziell und durch eigene Öffentlichkeitsarbeit. Im Mai wurde sie eingereicht und nun warten wir auf das Urteil. Und wir drängen Parteichef Merz weiter dazu, den Wirtschaftsrat aus dem Parteivorstand zu entlassen, auch ohne das Urteil abzuwarten. Dazu haben wir eine Onlinepetition gestartet, die breite Unterstützung gefunden hat.

Vergleichbarer Fall in der FDP

Einen vergleichbaren Fall gibt es auch in der FDP: Der FDP-nahe Liberale Mittelstand ist ebenfalls als Lobbyverband außerhalb der Partei organisiert und hat ein ständiges Gastrecht im Vorstand. Auch hier wiegelte die FDP zunächst ab. Doch anders als die CDU reagierte die FDP und entließ im Mai den Lobbyverband aus dem Vorstand. Diese prompte Reaktion der FDP macht uns Mut: Unsere Recherchen wirken!

Auch in den Parteien CSU, SPD und Grüne gibt es wirtschaftsnahe „Vorfeldorganisationen“ – wenn auch nicht mit rechtswidrigen Zugängen in den Vorstand. Mit unseren Recherchen dazu wollen wir die Parteien dafür sensibilisieren, auf ausgewogene Kontakte zu allen gesellschaftlichen Akteuren zu achten. Erste Schritte in diese Richtung sind erfolgt, weitere stehen sicherlich aus.



| Klimabremser aufdecken

Die Klimakrise ist ein wissenschaftlicher Fakt und selbst die klimaschädlichsten Konzerne erkennen das mittlerweile öffentlich an. Zugleich versuchen viele von ihnen ungeniert, hinter den Kulissen weiter Klimaschutzpolitik auszubremsen, um ihr schmutziges Geschäftsmodell zu erhalten. Wir arbeiten daran, diese Klimabremser sichtbar zu machen und auf offene und transparente Debatten zu drängen.

Allzu oft tauschen sich Politiker:innen weiterhin in einseitig besetzten Gremien oder Klüngelrunden mit Klimabremsern aus und öffnen sich dem Lobbyeinfluss der Industrie. Das beobachten wir zum Beispiel bei der Gasindustrie. Sie hat sich in der Politik einen Status als saubere Brückentechnologie erarbeitet. Mag sein, dass Gas noch eine Weile gebraucht wird – aber die Milliardeninvestitionen in neue Gasinfrastruktur und enthusiastische Lobeshymnen wie die von Peter Altmaier: „Gas ist sexy“ lassen doch aufhorchen.

Wir haben uns genau angeschaut, wie dieser Enthusiasmus zustande kommt. Bei unseren Recherchen sind wir auch auf den PR-Verband der Gasindustrie Zukunft Gas gestoßen. 140 Unternehmen der Gasindustrie haben sich in ihm zusammengetan, um laut Webseite „Erdgas als klimaschonenden Energieträger in der Öffentlichkeit zu platzieren“. Neben einem schwindelerregenden Lobby- und Kampagnenbudget haben wir irritierende Einflusskanäle in die Politik gefunden. Was macht zum Beispiel ein Abteilungsleiter des Verkehrsministeriums im Beirat dieses Lobbyverbands? Oder der Chef der bundeseigenen Energieagentur DENA, die die Bundesregierung in Sachen Energiewende berät.

Die DENA ist uns schon in der Vergangenheit durch ihre besondere Vorliebe für die Gasindustrie aufgefallen. Das hatten wir

bereits Anfang 2021 kritisiert, als wir das problematische Sponsoringmodell der DENA-Studie „Aufbruch Klimaneutralität“ anprangerten: Sie soll konkrete Empfehlungen für die Energiepolitik der Bundesregierung geben. Doch Unternehmen (darunter auffallend viele Gasunternehmen) konnten sich als Partner an der Finanzierung der Studie beteiligen – und bekamen damit Mitspracherechte beim Studiendesign.

Unsere Kritik an der DENA zeigte echte Wirkung: DENA-Chef Andreas Kuhlmann hat den Beirat von Zukunft Gas inzwischen verlassen, und die DENA will sich und ihr Sponsoringmodell einem Transparenzprozess unterziehen. Das Sponsoringmodell in der von uns kritisierten Form wird es jedenfalls nicht mehr geben.

Rote Karte für Klimabremser

Recherchen bringen ausreichend Druck für Veränderung, wenn sie auch von der Öffentlichkeit aufgegriffen werden. Wir haben dazu im vergangenen Jahr mit den Parents for Future kooperiert, einer Initiative von Eltern, die sich den Klimaaktivist:innen von Fridays for Future angeschlossen haben. Mit ihrer roten Klimakarte machen sie bei zahlreichen Demos und Anlässen auf Klimabremser aufmerksam. Wir haben ihnen dafür unsere Recherchen zur Verfügung gestellt und der ehrenamtlichen Organisation zugleich mit dem Versand des Materials geholfen.



Gemeinsam den Klimabremsern die Rote Karte zeigen: Im Sommer 2021 demonstrierten wir hier in Berlin auch vor großen Lobbybüros.

Bei zwei Aktionen waren wir auch selbst vor Ort. So organisierten wir im Juli in Berlin als Teil eines gemeinsamen Aktionstages eine große Demonstration zu den zentralen Orten der Klimabremser. Lautstark zeigten wir vor dem Lobbybüro von Exxon, dem Verkehrsministerium mit seinen einseitigen Klüngelrunden oder dem Gas-Lobbyverband Zukunft Gas die Rote Karte. Mit uns dabei: rund 200 Aktive aus verschiedenen For-Future-Gruppen. Auch in Bonn waren wir mit einem Redebeitrag zur Gaslobby auf einer Fahrrad-Demo dabei. Die Kooperation war ein voller Erfolg und hat unsere Recherchen ordentlich auf die Straße und in die Proteste der Klimabewegung gebracht.



LobbyControl in Medien und Öffentlichkeit: Sprechen wir über Macht und Lobbyismus!



In den Medien war LobbyControl erneut laut und sichtbar. Ob in den klassischen Medien, online oder in Podcast-Produktionen: Das Interesse an unserer Lobbyexpertise war groß. Auch in den sozialen Medien werden Lobbythemen teils heiß diskutiert und verstärken so den öffentlichen Druck auf die Politiker:innen.

Zur Veröffentlichung unseres Lobbyreports 2021 vor der Bundestagswahl gab es eine enorme Resonanz in den Medien. Unsere Bilanz zur Bundestagswahl wurde unter anderem in der *Tageschau* aufgegriffen, im *Spiegel*, der *Süddeutschen Zeitung* und dem *Handelsblatt*. Die Pressekonferenz dazu fand in Berlin im Haus der Bundespressekonferenz statt, seit langer Zeit endlich wieder in Präsenz, sodass gleich mehrere Kamerateams vor Ort waren.

Kurz darauf konnten wir auch zu den Koalitionsverhandlungen sichtbar werden: Zu unserer Aktion vor dem Bundestag waren viele langjährige, aber auch einige neue Unterstützer:innen mit uns auf die Reichstagswiese gekommen, um unsere Forderungen an die neue Bundesregierung anschaulich zu machen (siehe Seite 3). Diese Forderungen wurden von über 21.000 Personen unterstützt, die unseren Appell unterzeichnet haben.





V.l.n.r.: Timo Lange und Imke Dierßen bei der Pressekonferenz zur Veröffentlichung des Lobbyreports; Nelly Grotefendt (Forum Umwelt und Entwicklung) und Max Bank bei der Aufnahme einer Folge des Podcasts „Machtspielchen“; Nina Katzemich als Expertin zu Gast in der Sendung „Planet Wissen“; Felix Duffy kommentiert in der Tagesschau das Lobbying von Big Tech.

LobbyControl-Studie in internationalen Medien

Über unsere Studie zur Lobbymacht von Big Tech wurde so stark international berichtet, wie wir es selten erlebt haben. Kein Wunder, geht es doch um die demokratische Gestaltung der Digitalisierung für die gesamte EU (siehe Seite 6). Irland, Tschechien, Frankreich, Spanien, Dänemark – aus zahlreichen europäischen Ländern gab es Berichte, die die eindrücklichen Zahlen zum Lobbying aus unserer Studie zitierten. Diese hatten wir mit unserer Partnerorganisation aus Brüssel, *Corporate Europe Observatory*, gleichzeitig auf Deutsch und Englisch veröffentlicht. Aber auch über die EU hinaus wurde berichtet, sogar in chinesischen Medien.

Podcasts und Social Media

Über das ganze Jahr gab es regelmäßig Berichterstattungen über unsere Recherchen und viele Kommentare unserer Campaigner:innen. In zahlreichen Podcast-Formaten waren wir zu Gast und haben außerdem unseren ersten eigenen Podcast „Macht-

spielchen“ gestartet, in dem wir die Lobbymacht und Marktmacht von Konzernen unter die Lupe nehmen.

Auf den Social-Media-Plattformen diskutiert außerdem eine engagierte Öffentlichkeit. Unsere Unterstützer:innen wurden etwa mit uns auf Twitter laut und beteiligten sich an Tweet-Aktionen. Die Presse erreichen wir mit unseren Kommentaren dort schnell. Auch auf Instagram, der Plattform, die einst mit schönen Bildern startete, informiert sich ein wachsendes Publikum über Lobbyist:innen und Kampagnen, teilt unsere Recherche- und Themenbeiträge und diskutiert mit uns – und es werden jedes Jahr mehr.

Über all diese Kanäle wollen wir informieren und öffentliche Diskussionen anstoßen, um unsere Demokratie lebendig und streitbar zu halten. Mit unseren Unterstützer:innen wird unsere Stimme laut und stark. Das hilft uns dabei, gehört zu werden, wenn wir bei den politischen Entscheider:innen Transparenz und klare Regeln einfordern. *Schauen Sie vorbei, machen Sie mit und werden Sie mit uns laut!*



| Finanzbericht 2021

Unsere Arbeit wird nur durch die breite, unabhängige Finanzierung über viele private Spender:innen ermöglicht. Im letzten Jahr haben 12.547 Menschen LobbyControl mit einem finanziellen Beitrag unterstützt und zum Jahresende waren sogar 7.563 Menschen Fördermitglieder in unserem Verein. Mit dieser Unterstützung können wir auf eine solide Basis vertrauen – und dafür danken wir ganz herzlich!

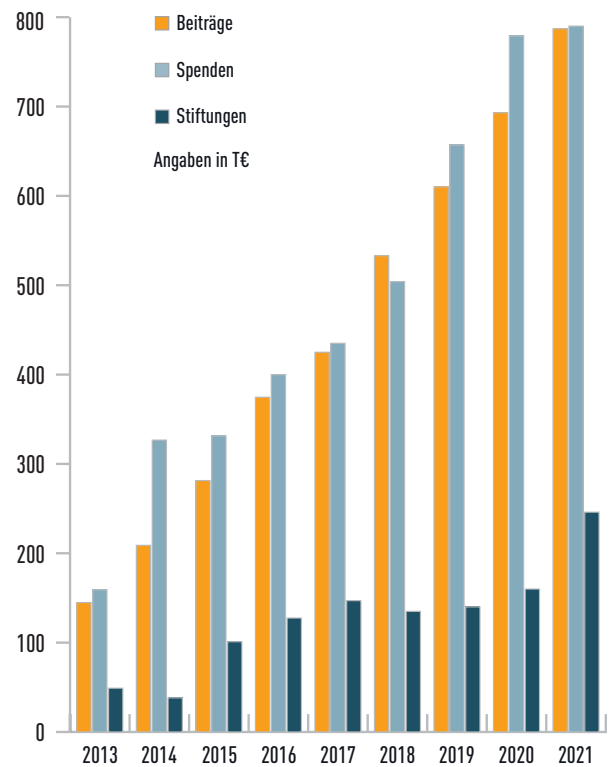
Einnahmen

LobbyControl hat im letzten Jahr insgesamt 1.865 T€ (= Tausend Euro) eingenommen. Gegenüber dem Vorjahr 2020 ist das ein Zuwachs von 12,4%. Wie in den letzten Jahren stets der Fall machen erneut die Spenden und Mitgliedsbeiträge von Privatpersonen mit knapp 85% den größten Anteil aus. Ein Blick in die Grafik zum „Vergleich des Spenden- und Beitragsaufkommens“ zeigt unser stetiges Wachstum.

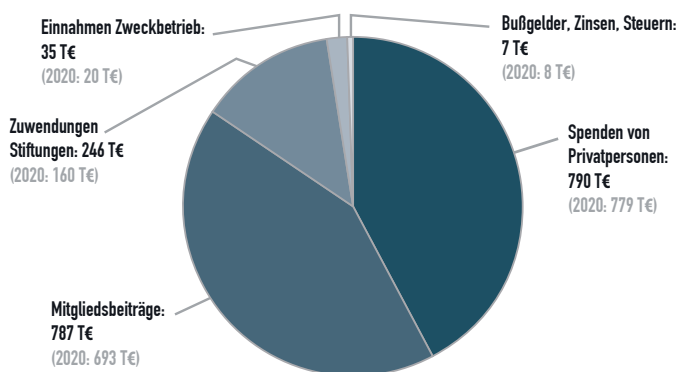
Ein Teil unserer Einnahmen kommt aus institutioneller Förderung. Dieser Anteil machte im Jahr 2021 ca. 13% der gesamten Einnahmen aus. Unsere zum Teil langjährigen Förderer zeigen sich zufrieden mit unserer Arbeit:

- Die Olin gGmbH gewährte uns für 2021 einen Zuschuss von 100.000 Euro und hat für die Jahre 2022 und 2023 je weitere 60.000 Euro zugesagt.
- Die Schöpflin Stiftung förderte uns 2021 wieder mit 100.000 Euro und will dies auch im Jahr 2022 fortsetzen. Unsere Teamentwicklung unterstützte die Stiftung in 2021 zusätzlich mit 11.245,50 Euro. Wir kooperierten zudem bei der Veranstaltung einer Tagung zum Thema Konzernmacht und erhielten dafür einen Zuschuss von 30.000 Euro in 2021 und weitere 58.000 Euro in 2022.

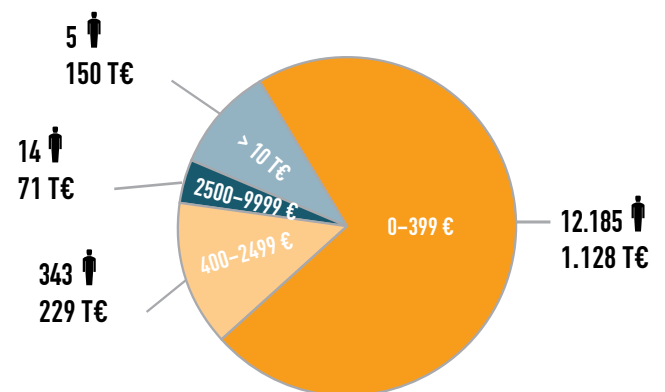
Vergleich des Spenden- und Beitragsaufkommens



Einnahmen 2021



Spendensumme / Mitgliedsbeiträge 2021





→ Vielen Dank für Ihre Unterstützung im letzten Jahr. Die Spenden von vielen privaten Personen ermöglichen unsere unabhängige Arbeit.

→ Mit Campact e.V. arbeiteten wir in 2021 zusammen an dem Bündnisauftrag „Gemeinwohl stärken – Lobbytransparenz schaffen“ und erhielten einen Kostenbeitrag von 4.691,49 Euro.

Gemäß unserer Transparenzrichtlinie veröffentlichen wir die Namen aller privaten Spender:innen, die uns mit 10.000 Euro oder mehr im Jahr unterstützen. Dies waren 2021:

- Bettina Bock 31.000 €
- Frank Hansen 74.000 €
- Michael Hetzer 12.500 €
- Alexander Weinsziehr 22.500 €
- Werner Zapf 10.000 €

Wir danken allen für diese großzügige Unterstützung! All diese Beiträge, über Spenden, Fördermitgliedschaften und institutionelle Förderung, sind wichtig und ermöglichen uns den Einsatz für Transparenz und Demokratie.

Wir erzielen zusätzlich Einnahmen aus unserem **Zweckbetrieb**: Darunter fallen etwa die Tickets für unsere Stadtführungen und auch der Verkauf unserer Publikationen. Da wir im letzten Jahr wieder mehr lobbykritische Stadtführungen in Berlin anbieten konnten, sahen wir erfreulicherweise eine Steigerung der Einnahmen im Vergleich zum Vorjahr. Wir verzeichnen inzwischen wieder eine hohe Nachfrage, was uns sehr freut, denn die Touren sind ein wichtiger Teil unserer politischen Bildungsarbeit.

Ausgaben

Die Ausgaben sind um etwas mehr als ein Fünftel gestiegen, sie belaufen sich auf 1.514 T€. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass wir die Zahl unserer Mitarbeitenden wie geplant erhöht haben. Ende 2021 hatte LobbyControl 21 angestellte Mitarbeitende. Da viele Mitarbeiter:innen in Teilzeit arbeiten, entsprach dies etwa 15 Vollzeitstellen. Dazu kommen zwei bezahlte Praktikumsstellen. Die Personalkosten betragen knapp 70% der Gesamtausgaben. Zudem haben wir im Wahljahr 2021 noch stärker als sonst auf Öffentlichkeitsarbeit, Aktionen und Veranstaltungen gesetzt und mehr Geld dafür investiert.

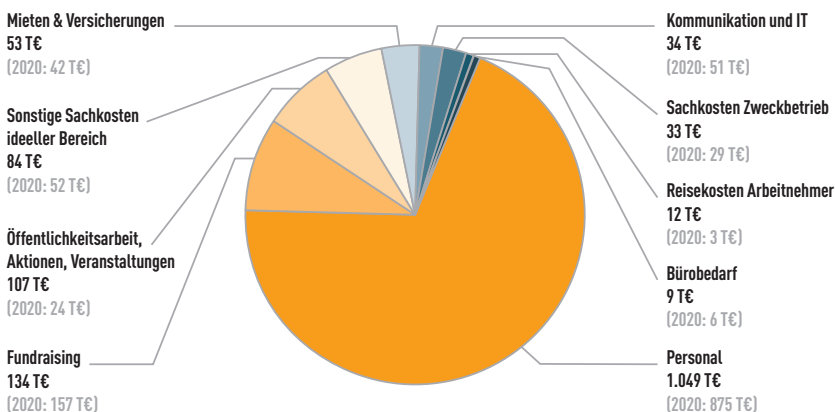
Ergebnis und Ausblick

Insgesamt konnten wir 2021 mit einem positiven Ergebnis in Höhe von 351 T€ abschließen, auch trotz der geplanten Mehrausgaben. Insbesondere dank der vielen regelmäßigen Spenden und Fördermitgliedschaften kam dieser Überschuss zustande.

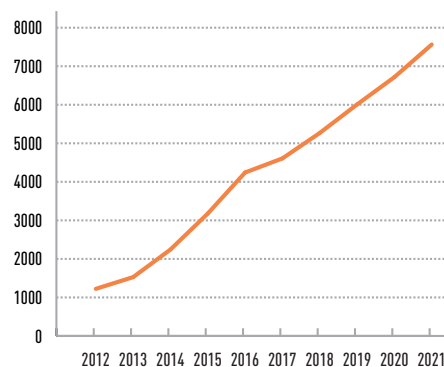
Dieses Geld und die vorhandenen Rücklagen werden wir in 2022 nochmals für Stellenaufbau verwenden. Zudem hoffen wir, damit auch ein Sicherheitspolster für die Unwägbarkeiten zu haben, die aufgrund des völkerrechtswidrigen Kriegs in der Ukraine entstehen.

Unser Ziel einer transparenten und gerechteren Demokratie können wir nur mit einer sicheren finanziellen Basis erreichen. Wir freuen uns deshalb, wenn Sie uns auch weiter unterstützen. Herzlichen Dank!

Ausgaben 2021



Entwicklung der Fördermitgliedschaften



Team & Vorstand

Neue Gesichter bei LobbyControl

Als gemeinnütziger Verein ist uns unsere Unabhängigkeit besonders wichtig. Ein kritischer externer Vorstand soll uns dabei beraten. Um hier weitere Perspektiven einbringen zu können und damit die Arbeit im ehrenamtlichen Vorstandsteam zu bewältigen bleibt, haben wir unseren ehrenamtlichen Vorstand im letzten Jahr erweitert, sodass wir inzwischen fünf unabhängige ehrenamtliche Vorstandsmitglieder haben. Neu dabei sind Jutta Sundermann und Sebastian Hennig, die schon in den ersten Monaten viele neue Impulse gesetzt haben. Auch in den Teams in Köln und Berlin gibt es Zuwachs.



Ehrenamtlicher
Vorstand

Sebastian Hennig arbeitet als Bildungsreferent für das Diakonische Werk Berlin-Brandenburg. Vorher war er wissenschaftlicher Mitarbeiter von drei Bundestagsabgeordneten. An LobbyControl schätzt er ganz besonders die große fachliche Expertise zu Lobbyeinflüssen und den klaren Kompass für eine lebendige Demokratie. Er kennt LobbyControl schon lange. Vor seiner Wahl in den Vorstand war er Fördermitglied und hat sich als Lobbyscout mit vielen Besuchergruppen auf die lobbykritischen Führungen durch das Regierungsviertel begeben.



Seit Mai 2022 verstärkt **Steffen Pachali** im Berliner Büro die Öffentlichkeitsarbeit. Seine Schwerpunkte sind die Social-Media-Arbeit und die Webredaktion. Er hat in Berlin Stadt- und Regionalplanung studiert und kam über einen Abstecher zum Journalismus schließlich zur Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Er hat für soziale, kulturelle und politische Institutionen gearbeitet, zuletzt als Social Media Manager in der Politik.



Ehrenamtlicher
Vorstand

Jutta Sundermann arbeitet freiberuflich als Publizistin und Aktivistin. Sie ist Mitgründerin des globalisierungskritischen Netzwerks Attac, das sie lange begleitete. Mit Aktion Agrar setzt sie sich für eine ökologischere Landwirtschaft ein. Sie arbeitete für Campact sowie ehrenamtlich für medico international. Außerdem schreibt und recherchiert sie zu Themen der sozialen Bewegungen, berät Initiativen und begleitet immer wieder Kampagnen für Klimaschutz und eine Agrarwende. LobbyControl ist ihr schon seit den ersten Jahren vertraut, als sie als eine von fünf Stiftungsrät:innen der Bewegungsstiftung die Basisförderung für LobbyControl mit begleitete.



In Köln und Berlin sind außerdem studentische Hilfskräfte an Bord. **Philipp Battermann, Inpayogi Yogendran und Darius Adu Bright** unterstützen etwa bei der Abwicklung des Onlineshops, im Serviceteam und im Bereich Öffentlichkeitsarbeit.

Das Jahr 2021 in Zahlen



Fördermitgliedschaften

7.563



Presseerwähnungen

>1.490



Stadtführungen unter
Corona-Bedingungen

143



Spenden und Beiträge

1.577.000 €



Pressemitteilungen

31



| Ausblick

Schön, dass Sie bis hierher mit uns durch die letzten zwölf Monate gereist sind.

Es liegt eine weitere spannende Zeit vor uns.

An manchen Stellen werden wir Früchte ernten können, in die wir schon jetzt viel Arbeit gesteckt haben: Im Herbst planen wir die Veröffentlichung einer umfangreichen Studie über die Gaslobby in Deutschland. Wir schauen uns die wichtigsten Akteure an, beleuchten ihre Verflechtungen, untersuchen ihre Lobbymethoden und machen Vorschläge, wie ihre Macht begrenzt werden sollte. Die Ergebnisse unserer Recherchen werden wir breit in die Öffentlichkeit tragen, unsere Forderungen an Politiker:innen herantragen und mit Aktionen Nachdruck verleihen.

Mit Spannung erwarten wir außerdem, ob die CDU einem Urteil in Sachen Wirtschaftsrat vorgreift und die Lobbyorganisation aus ihrem Parteivorstand auslädt (siehe S. 8). Solchen Verflechtungen, die einer gemeinwohlorientierten Klimapolitik im Wege stehen, sind wir weiter auf der Spur.

Auch unsere Arbeit zum Thema Konzernmacht geht weiter. Wir tragen gerade die Ergebnisse der Tagung (siehe S. 7) zusammen und nutzen die neu gewonnenen Kontakte, um über weitere Schritte zu beraten. Vernetzung und Zusammenarbeit haben für uns in diesem Feld eine besondere Wichtigkeit, weil das Thema so viele Politikbereiche – von der Digitalwirtschaft bis zur Landwirtschaft – betrifft. Ein besonderes Augenmerk gilt dabei weiter-

hin den Tech-Konzernen. Diese haben in Brüssel mit dem Digital Markets Act ja gerade etwas Sand ins Getriebe gestreut bekommen (siehe S. 6). Wir werden nun sehr genau hinschauen, dass aus den guten Regeln des DMA ein ernsthafter Schritt zur Begrenzung der Macht der Digitalkonzerne wird.

Der Gesetzgebungsprozess zum Lobbyregister wird uns noch bis nach der Sommerpause beschäftigen, denn Nachbesserungen sind angekündigt. Im Herbst erwarten wir außerdem, dass die Debatte um die „Legislative Fußspur“ (siehe S. 3) an Fahrt gewinnt. Wir wollen dafür sorgen, dass man nicht weiterhin einen Spürhund braucht, um herauszufinden, wer an einem Gesetz mitgemischt hat. Auch die Reform der Parteienfinanzierung hat sich die Ampel in den Koalitionsvertrag geschrieben. Das ist gut – vorausgesetzt, es tut sich auch etwas. Auch dafür werden wir uns ins Zeug legen.

Wir freuen uns, wenn Sie auch in den nächsten zwölf Monaten an unserer Seite dafür streiten, Lobbyismus Grenzen zu setzen. Es gibt viel zu tun!



**Blogbeiträge auf
unserer Webseite**

58



**Unterschriften unter
unseren Appellen (2021/22)**

62.579



Tweets + Posts

1.024



Fans und Follower

119.209



**Mitarbeiter:innen
in Köln und Berlin**

21

| Impressum

**LobbyControl –
Initiative für Transparenz und Demokratie e.V.**

Am Justizzentrum 7
50939 Köln
Tel: 0221 – 99 57 15-0
Fax: 0221 – 99 57 15-10
kontakt@lobbycontrol.de
www.lobbycontrol.de

Redaktion/ V.i.S. d.P.:

Kathrin Anhold

Lektorat:

Rheinlektorat

Grafik und Layout:

blickpunkt x, Köln

Fotos:

Christian Mang/LobbyControl, außer: Grafiken
S. 4 und S. 8 Holger Müller/LobbyControl, S. 10
Bayerischer Rundfunk/Screenshot, Tagesschau/
Screenshot, Icon/motorama/AdobeStock; S. 14
Fotos privat, S. 13/14/15 Icons: WonderfulPixel/
Fotolia, sharpnose/AdobeStock, antto/Adobe-
Stock, motorama/AdobeStock; S. 15 Cathleen
Falckenhayn/LobbyControl
Für die nicht ausgewiesenen Fotos: LobbyControl

Lizenz:

CC BY-NC-ND 4.0

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>



LobbyControl wird 2021 unterstützt von:

www.schoepflin-stiftung.de

www.olin-ggmbh.de

Schöpflin Stiftung:



| Über LobbyControl:

LobbyControl ist ein gemeinnütziger Verein, der über Machtstrukturen und Einflussstrategien in Deutschland und der EU aufklärt. Wir liefern aktuelle Recherchen und Hintergrundanalysen. Mit Kampagnen und Aktionen machen wir Druck für politische Veränderung. LobbyControl setzt sich ein für eine lebendige und transparente Demokratie.

LobbyControl ist Mitglied der Steuerungsgruppe des europäischen Netzwerks „Allianz für Lobbytransparenz und ethische Regeln (Alter-EU)“ sowie des Rechercheverbundes „European Network of Corporate Observatories (ENCO)“.

LobbyControl ist Teil der „Initiative Transparente Zivilgesellschaft“. Mehr zu unserer Transparenz und unseren Finanzen finden Sie unter www.lobbycontrol.de/initiative-transparente-zivilgesellschaft/

| Unsere Transparenz-Grundsätze für Großspenden

Wir sind unabhängig und deswegen glaubwürdig. Damit das so bleibt, haben wir uns folgende Grundsätze gegeben.

- Wir nehmen keine Spenden von Unternehmen an.
- Wir veröffentlichen in unserem Jahresbericht die Namen der Spender:innen, die uns im Vorjahr mit einer Gesamtsumme ab 10.000 Euro unterstützt haben.
- Wir halten uns freiwillig an die Richtlinien der Initiative Transparente Zivilgesellschaft und sind sowohl im Lobbyregister der EU als auch im Lobbyregister des Deutschen Bundestags eingetragen. Auf unserer Homepage finden Sie unsere Satzung, die Finanzberichte sowie die Datenschutzerklärung.
- Wir haben eine Spenden-Obergrenze. Einzelne Spender:innen können maximal 10 Prozent zu unserem Jahresbudget beitragen.